



ödp



**Bürger*innen-Programm der
Ökologisch-Demokratischen Partei
zur Kommunalwahl 2020 in Erlangen**

Inhalt

1	Vorwort	2
2	Mensch – Umwelt – Gesundheit	4
	2.1 Flächennutzung und Wohnen	4
	2.2 Verkehr	6
	2.3 Regionales Wirtschaften.....	9
	2.4 Stadtfinanzen und Steuern.....	9
	2.5 Energie	11
	2.6 Ökologische Abfallwirtschaft.....	11
	2.7 Gesundheit	12
	2.8 Verbraucherschutz	12
	2.9 Tierschutz.....	13
3	Eine Stadt für Jung und Alt	14
	3.1 Generationensolidarität und Leben im Alter	14
	3.2 Kinderbetreuung.....	14
	3.3 Jugendliche	15
	3.4 Bildung.....	15
	3.5 Sport	16
	3.6 Kunst und Kultur	17
4	Lust auf mehr Miteinander	17
	4.1 Willkommenskultur in der Stadt Erlangen	17
	4.2 Bürger – Politik – Verwaltung.....	18
	4.3 Betroffene zu Beteiligten machen (Bürgerbeteiligung)	18
5	Unsere Kandidat*innen für die Erlanger Stadtratswahl 2020	20



*Werte sind
wählbar!*

1 Vorwort

Sehr geehrte Leserinnen und Leser, liebe Erlangerinnen und Erlanger,

25 engagierte Mitglieder der Ökologisch-Demokratischen Partei, 24 parteiunabhängige Erlanger Bürgerinnen und Bürger und ein Mitglied der Tierschutzpartei treten gemeinsam auf unserer ÖDP-Liste zur Erlanger Stadtratswahl am 15. März 2020 an.

Unser oberstes Ziel ist es, die Lebensgrundlagen für uns und kommende Generationen zu erhalten und zu verbessern. Wir sind uns bewusst, dass wir nicht alle städtischen Themen in diesem Programm genauestens beleuchten können. Doch wollen wir Ihnen unsere wichtigsten Vorhaben und Standpunkte nachvollziehbar vermitteln. Haben Sie ganz explizit Fragen, Anregungen oder Ideen, so sprechen Sie uns an oder kontaktieren Sie uns (Kontakt Daten siehe letzte Seite). Gerne diskutieren wir mit Ihnen persönlich.

Erlangen ist eine lebens- und liebenswerte Stadt. Der Charme Erlangens ist mitunter erst auf den zweiten Blick erkennbar. Unsere Heimatstadt wird sehr unterschiedlich betitelt: Universitätsstadt, Siemensstadt, Klinikstadt, Pendlerstadt, Sportstadt, Hauptstadt der Medizintechnik oder Hugenottenstadt. „Offen aus Tradition“ ist das Motto Erlangens. Die kommunale Politik sollte in erster Linie dafür sorgen, dass die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger in der „Solidargemeinschaft Stadt Erlangen“ gedeckt werden. Menschen, die hier wohnen, arbeiten oder die Stadt aus anderen Gründen besuchen, sollen sich wohl und willkommen fühlen. Die Stadtverwaltung wird von der Erlanger Kommunalpolitik – dem Stadtrat – geführt und gesteuert. Neben dem*r Oberbürgermeister*in, welche*r auch gleichzeitig Chef*in der Stadtverwaltung ist, zählt der Stadtrat 50 ehrenamtliche Mitglieder. Sie stellen die Weichen für die zukünftige Entwicklung unserer schönen Stadt.

Weshalb ÖDP wählen? Die ÖDP ist im Parteienspektrum einzigartig. Wir wollen die direkte Bürgerbeteiligung deutlich verbessern - und das nicht nur per Internet. Auch stehen wir für eine absolut unabhängige und primär am Wohl der Bürger orientierte Politik. Die Partei ist Mittel zum Zweck und kein übergeordnetes Konstrukt, das „alle Mittel heiligt“. Deshalb sind wir auch die einzige ökologische Partei, welche in ihrer Satzung den absoluten Verzicht auf Konzernspenden verankert hat - im Gegensatz zu allen anderen in den Parlamenten vertretenen Parteien- die sich dadurch abhängig und angreifbar machen. Ein von uns per Stadtratsantrag geforderter „**Ehrenkodex**“ für die hiesigen Parteien wurde von eben diesen abgelehnt - sehr zu unserer Verwunderung und zu unserem Bedauern.

Wir stehen für einen konsequenten Schutz unserer Umwelt, und dies bereits seit Gründung unserer Partei im Jahre 1982. Dem Erhalt der Natur als Grundlage des Lebens gebührt unser ganzer Einsatz. Das Streben nach immer mehr Ressourcen vernichtendem Wachstum ist nicht zielführend. Die ÖDP freut sich über die Aktivitäten der Gemeinwohlökonomie-Regionalgruppe in der Metropolregion, die Alternativen zum System des grenzenlosen Kapitalismus erarbeitet und umsetzt. Wir wünschen uns, dass Erlangen als erste deutsche Stadt eine Gemeinwohlbilanz erstellt. Wir stehen in ökologischer und ökonomischer Hinsicht für eine wirkliche Nachhaltigkeit in allen Bereichen – nicht nur in der Kommunalpolitik. Sind Sie an der

grundlegenden Philosophie und Ethik der ÖDP interessiert? Dann empfehlen wir Ihnen unser Grundsatzprogramm zur Lektüre.

Die ÖDP im Erlanger Stadtrat wird auch in den kommenden Jahren für eine ökologische Verkehrs- und Energiepolitik eintreten. Wir setzen uns für die **Belange von Senior*innen und Jugendlichen**, für eine **kinder- und familienfreundlichere Stadt** ein. Und es liegt uns am Herzen, die Bürgerinnen und Bürger an wichtigen Entscheidungen deutlich besser als bisher zu beteiligen. Wir treten für eine **nachhaltige Finanzpolitik** ein, die unnötige Neuverschuldungen vermeidet und auf eine Haushaltspolitik „mit Augenmaß“ abzielt. Denn wir möchten zukünftigen Generationen finanziell den notwendigen Spielraum erhalten, damit auch sie in der Lage sind, zu gestalten.

Mehr direkte Demokratie ist für uns eine Herzensangelegenheit. Denken Sie beispielsweise an folgende von uns (mit-)initiierte, **kommunale Bürgerentscheide**:

- Bürgerentscheid gegen das Gewerbegebiet „G6“ in Tennenlohe
- Bürgerentscheid gegen die Durchführung einer **Landesgartenschau** in den Regnitzwiesen
- Bürgerentscheid gegen die Beplanung des Areals Erlangen-West 3 (200 ha)

Erfolgreich eingesetzt haben wir uns auch bei weiteren Entscheiden:

- Bürgerentscheid gegen die Tiefgarage am Theaterplatz
- Bürgerentscheid gegen die Privatisierung der Erlanger Stadtwerke und des Röthelheimbades

Auch darf an dieser Stelle nicht fehlen: Unser Einsatz für das bayernweite, von der ÖDP initiierte **Volksbegehren „Artenvielfalt erhalten – Rettet die Bienen“**, welches die Staatsregierung unverändert übernommen hat, nachdem 18,4 % der Bürger innerhalb von zwei Wochen dafür gestimmt hatten. Diesen Weg möchten wir mit Ihnen zusammen weitergehen!

Aktuell unterstützen wir zum Beispiel die Forderungen des Bürgerbegehrens **„Erlangen, tritt in die Pedale!** - Radentscheid für eine lebenswerte Stadt“ und sind Mitinitiatoren des Bürgerbegehrens **„Rettet das Häßig – gegen Ortsumgehung und Gewerbegebiet in Eltersdorf“**.

Bayernweit konnten wir bei der letzten **Kommunalwahl 2014** die Zahl der ÖDP-Mandatsträger deutlich steigern. In Erlangen gaben uns die Bürgerinnen und Bürger **5,02 % der Stimmen**. Bei der Wahl am 15. März 2020 wollen wir mit Ihrer Hilfe ein deutlich höheres Ergebnis erzielen. Seit 1996 sind wir durchgängig im Erlanger Stadtrat vertreten, seit 2008 haben wir zwei Sitze in unserem „Kommunalparlament“. Durch eine Ausschussgemeinschaft waren wir in nahezu allen Ausschüssen vertreten und haben uns dort als demokratisches und konsequent ökologisches Regulativ erwiesen. Bei den bayerischen Kommunalwahlen gibt es keine 5%-Hürde.

Jede Stimme für die Liste der ÖDP stärkt uns den Rücken für unsere Arbeit für Umwelt, Generationengerechtigkeit, Bürgerbeteiligung und saubere Demokratie, ohne extreme linke oder rechte Experimente. Mit uns entscheiden Sie sich für eine konsequent **ökologisch-demokratische Politik**, in deren Mittelpunkt Sie als Erlanger Bürgerin und Bürger stehen.

Ihre Erlanger ÖDP und Ihr ÖDP-Oberbürgermeisterkandidat Joachim Jarosch

2 Mensch – Umwelt – Gesundheit

Wir Menschen benötigen eine intakte Umwelt und ein funktionierendes, soziales Umfeld. Sportliche, bildende und kulturelle Angebote sind wichtige Faktoren für körperliche und geistige Gesundheit. Für entsprechende und bezahlbare Angebote sollte die Stadt ein wichtiger Garant sein.

2.1 Flächennutzung und Wohnen

Die Fläche, die Erlangen zur Verfügung steht, ist endlich. Wir wollen keinen weiteren Flächenfraß!

Erlangen ist eine Großstadt mit erfreulich hohem Anteil an Flächen mit land- und forstwirtschaftlicher Nutzung und naturbelassenem Grün. Das soll auch so bleiben! Stadtnahe landwirtschaftliche Flächen möchten wir erhalten.

Es ist unser Ziel und Auftrag, den wenigen noch verbliebenen Bauern die Lebensgrundlage zu belassen und nicht durch ständiges „Abzwacken“ von Landwirtschaftsflächen (Ausgleichsflächen, Gewerbe- und Verkehrsflächen) die Existenz zu erschweren. Weitere Zersiedelung muss verhindert werden, so dass Landwirtschaft noch stadtnah betrieben werden kann. Vor allem müssen Auflagen und Forderungen des Landschaftsschutzes konsequent eingehalten und berücksichtigt werden. Im gesamten Stadtgebiet sind – zur Sicherung der Artenvielfalt – naturnahe, ökologisch wertvolle Flächen zu erhalten und auszubauen.

Wir fordern einen großen Etat für Baumpflanzungen (Projekt „Räume für Bäume“ mit mindestens 1000 Neupflanzungen pro Jahr), insbesondere an Orten mit heißem Mikroklima. Hierfür nehmen wir einen Rückbau von Parkplätzen in Kauf. Der stadteigene Wald soll zu einem Anteil von 20% unbewirtschaftet sein.

Die Ausweisung von neuen Gewerbegebieten sehen wir sehr skeptisch – wir müssen mit den vorhandenen brach liegenden und in der Nutzung befindlichen Gewerbeflächen auskommen. Kein neues Gewerbegebiet in Tennenlohe (G6), Eltersdorf, Geisberg (bei Frauenaaurach)! Auch zusätzliche große Wohngebiete wird es mit uns nicht geben.

Eine ökologisch und ganzheitlich orientierte Stadtentwicklungspolitik muss folgende Ziele gleichberechtigt verfolgen:

- Bereits in der Stadtplanung muss die Infrastruktur für eine ökologisch orientierte Verkehrspolitik berücksichtigt werden;
- Die Bebauungspläne müssen ökologisch gestaltet werden: Funktionsmischung, Fassaden- und Dachbegrünung sowie energetische Ausrichtung gehören zwingend dazu;
- Minimierung der Flächenversiegelung: Möglichst wenig soll unter Asphalt und Beton verschwinden (nicht wie beim Rudelt- oder Marschallplatz), z.B. Nachverdichtung in die Vertikale, großflächiges Parken und einstöckige Supermärkte sollen der Vergangenheit angehören;
- Bewahrung von Grünflächen und Biotopen im Stadtgebiet;
- Effektiver Hochwasserschutz (z.B. Erhalt des Regnitzgrunds als Überflutungsgebiet);

- Qualifizierte kommunale Bauberatung – auch unter ökologischen Aspekten;
- Vorbildfunktion bei kommunalen Bauten: Baubiologische Erkenntnisse müssen hier besonders berücksichtigt werden;
- Verkauf von städtischen Grundstücken bevorzugt an Bürger, Bauherrngemeinschaften oder Genossenschaften;
- Ein gesundes, menschenfreundliches und generationenübergreifendes Wohnumfeld;
- Die Sicherung von wohnortnahen Arbeitsplätzen;
- Die Stadt muss dafür sorgen, dass gerade für in Erlangen arbeitende Normalverdiener bezahlbarer Wohnraum vorhanden ist;
- Geeignete Immobilien sollen nach Möglichkeit in Wohnraum umgewandelt werden (z.B. Siemens Mitte, ehem. Landratsamt); bei freiwerdenden Flächen der Universität soll gemeinsam mit dieser über die Nutzung zu universitärem Wohnen geprüft werden;
- Durch den neuen Siemens-Campus entstehen zurzeit zusätzliche Arbeitsplätze, wodurch der Wohnraumbedarf weiter steigen wird. Deshalb sollen auch für Wohnen vorgesehene Flächen im Siemens-Campus möglichst ausgeweitet werden;
- In einigen Stadtteilen fehlen noch soziale Einrichtungen, die geschaffen werden müssen;
- sämtliche Möglichkeiten ausnutzen, dass die Mietpreise nicht weiter steigen;
- Wir befürworten den Bau des „Autobahndeckels“ (Einhausung) über der A73 im Stadtteil Bruck;
- Seniorengerechte Wohnformen in allen Stadtteilen, damit Senioren im gleichen Stadtteil bleiben können und ggf. Wohnraum für Familien freigeben;
- Vorkaufsrecht der Stadt für bebaute Flächen einrichten, um die Nutzung dieser Flächen gestalten zu können;
- Wir wollen politische Entwicklungen anstoßen, damit die Wohnfläche pro Einwohner in Zukunft reduziert werden kann;
- Wo Gewerbegebiete nachhaltig weiterentwickelt werden, soll die Stadt ein zuverlässiger Partner sein.

Beim Wohnungsbau müssen hohe soziale und ökologische Standards zusammengebracht werden. Wir sehen nicht ein, dass ausgerechnet Bürger mit geringstem Einkommen die höchsten Heizkosten zahlen, weil z.B. Verfügungswohnungen und Sozialwohnungen schlecht isoliert sind. Darüber hinaus wünschen wir uns eine gute soziale Durchmischung in allen Stadtteilen - das gilt auch für Verfügungswohnungen.

2.2 Verkehr

Das Einhalten des 1,5°C-Ziels aus dem Pariser Klimaschutzabkommen setzt voraus, dass gerade auch im Verkehr der CO₂-Ausstoß massiv reduziert wird. Das kann nicht durch einen Ersatz der Autos mit Verbrennungsmotor durch Elektroautos gelingen, sondern nur durch eine deutliche Verringerung des motorisierten Individualverkehrs. Dies macht auch Flächen frei für andere Nutzungen und die Stadt dadurch lebenswerter. Vor allem im Verkehr hat die Stadt Gestaltungsmöglichkeiten, Einfluss auf die Wahl der Verkehrsmittel zu nehmen.

Die deutlichste Verringerung des CO₂-Ausstoßes erreicht man durch Umstieg vom Auto auf Rad- und Fußverkehr, gefolgt von einem Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs. Neben dem Umstieg auf alternative Verkehrsmittel fordert die ÖDP für die Bundespolitik auch eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen von 130km/h (siehe unser ÖDP-Bundesprogramm).

Wir sprechen uns für ein Nachtflugverbot am Nürnberger Flughafen aus.

Fahrradstadt Erlangen

Für den Radverkehr spricht, dass dieser weniger Raum für Straßen benötigt, die volle Flexibilität des Individualverkehrs hat, gesund und für jeden bezahlbar ist. Im Gegensatz zum Auto verursacht Radverkehr deutlich weniger Parksuchverkehr und benötigt weniger Platz für Parkplätze. Die kürzere Reichweite des Fahrrads lässt sich dadurch kompensieren, dass man das Fahrrad leichter mit dem öffentlichen Nahverkehr kombinieren kann.

Unsere Ziele:

- Bessere Qualität der Radwegoberflächen
- Radschnellwege in den Landkreis, um das Pendeln mit dem Rad bis ca. 20km zu ermöglichen
- Kommunales Förderprogramm für Duschen auf Arbeitsstellen
- Schutz von Radfahrern vor Autos, u.a. durch Führung der Radwege abseits von Hauptstraßen
- Genug Raum für Rad- und Fußverkehr, damit es nicht zu Konflikten kommt
- Konflikt zu Fußgängern und Autofahrern auflösen, z.B. durch bauliche Trennung (niedrige Kanten) zwischen Straße und Radweg sowie zwischen Radweg und Gehweg
- Bau von ausreichend regengeschützten Fahrradständern, auch für Anhänger und größere Fahrräder sowie Lastenräder, insbesondere ein Fahrradparkhaus am Bahnhof
- Schließen von Lücken im Radwegenetz und Schaffung von durchgängigen Fahrradachsen in Form von Fahrradstraßen und sehr breiten Radwegen auch durch Umwidmung von Straßen in Fahrradstraßen
- Ampelschaltungen auf Radfahrer auslegen („Grüne Welle“) und schnellere Reaktion von Bedarfsampeln für Rad- und Fußverkehr, höhere Priorität von Fußgänger- und Radverkehr (Beispiel: Hauptstraße)
- Höheres Budget zur Verwirklichung von Baumaßnahmen zur Verbesserung des Radverkehrs (es gibt bereits einen langen Katalog von Maßnahmen, u.a. vom ADFC)
- Aufbau einer Fahrradstation mit Verleih und Reparatur direkt am Hauptbahnhof

- Wir fordern mehr städtische Lastenfahrräder und mehr Verleihstationen, sodass alle Stadtteile versorgt sind. Außerdem brauchen wir flexiblere Buchungen und Ausleihmöglichkeiten außerhalb der Öffnungszeiten der Stationen.

Wir unterstützen auch die Forderungen des aktuellen Bürgerbegehrens „Erlangen, tritt in die Pedale! - Radentscheid für eine lebenswerte Stadt“, dessen Ziele sich weitgehend mit unseren überschneiden.

Fußgänger

Zur Aufwertung von Wegen und Plätzen bedarf es mehr als eines bunten, unbequemen Sitzmobiliars. Stattdessen brauchen wir mehr einladende, seniorenrechtliche und vandalismustestsichere Sitzmöglichkeiten, auch im Schatten. Dazu gehören beispielsweise Bänke, an denen man sich gegenüber sitzen kann und die zur Kommunikation einladen.

Autoverkehr

Motorisierte Individualfahrten müssen reduziert werden. Beispielsweise können wir Menschen bei der gemeinsamen Nutzung der PKW unterstützen, indem wir die Bildung von Fahrgemeinschaften erleichtern sowie Mitfahrbänke aufstellen. Die Parkgebühren müssen erhöht werden und dafür ein Busticket beinhalten, womit das „City-Ticket“ reaktiviert wird.

Innerorts müssen Straßen generell zu Tempo-30-Zonen werden, außer Hauptverkehrsstraßen. Wir fordern die Vervollständigung des Lärmschutzes an Autobahnen und Bundesstraßen ohne weiteren Straßenausbau, z.B. Lärmschutzwände in Tennenlohe, Frauenaurach, Dechsendorf und die Einhausung des vierspurigen Frankenschnellwegs. Wir lehnen den Aus- und Neubau von Straßen für den Autoverkehr ab, insbesondere den Bau der Umgehung Eltersdorf, mit der auch ein neues Gewerbegebiet erschlossen werden soll.

In Kooperation mit der Verkehrswacht sollen die mobilen Geschwindigkeitsanzeigen ausgebaut werden. Die kommunale Verkehrsüberwachung soll den ruhenden Verkehr im gesamten Stadtgebiet kontrollieren.

Carsharing

Carsharing kann helfen, dass Bürger ihr Auto abgeben und damit die Parkflächen für andere Nutzung frei werden. Daher fordern wir einen weiteren Ausbau und möchten die Träger dabei unterstützen.

Insbesondere die gute Kooperation mit der GeWoBau soll fortgesetzt und ausgebaut werden. Außerdem wollen wir Bauträgern weiterhin die Option bieten, dass sie weniger Parkplätze bereitstellen müssen, wenn sie Carsharing-Plätze anbieten.

Auch die Erlanger Stadtwerke sollen mit den Carsharing-Anbietern kooperieren, z. B. beim Bau von Ladesäulen für Elektroautos.

Öffentlicher Verkehr

Wir wollen keine weitere Steigerung, sondern eine Reduzierung der Ticketpreise. Mittel- bis langfristig streben wir einen kostenlosen öffentlichen Nahverkehr an.

Außerdem fordern wir einen dichteren Takt der Stadtbusse sowie eine gute Verknüpfung mit der Bahn und untereinander und mit den Bussen des Landkreises. Die Verkehrsplanung der Stadt Erlangen soll dem Landkreis bei der Verbesserung des regionalen Busverkehrs unterstützen. Nach Möglichkeit wollen wir Busse auf alternative Antriebe umstellen (z.B. Wasserstoff- oder Elektrobusse).

Stadt-Umland-Bahn (StUB)

Die StUB wird eine große Investition in die Verkehrsinfrastruktur sein. Sie soll dazu führen, dass wesentlich mehr Menschen vom Auto auf den öffentlichen Nahverkehr umsteigen. Damit dies gelingt, stellen wir folgende Forderungen an die StUB:

- Verkehrsführung wo möglich auf bestehenden Straßenflächen (z.B. durch Wegfall von Fahrspuren von B4 zwischen Nürnberg und Erlangen bzw. Umwidmung in Busspuren)
- Nutzung einer bestehenden Talquerung zum Erhalt des wichtigen, ökologischen Naherholungsraums in den Regnitzauen
- **Trassenführung so, dass möglichst viele Erlanger die StUB nutzen können**
- Die StUB muss den Autoverkehr deutlich stärker reduzieren als derzeit prognostiziert
- Ostast bis mindestens nach Neunkirchen
- Die Reaktivierung der Aurachtalbahn ist weiterhin zu prüfen

Die ÖDP ist für eine Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs. Nur wenn die StUB so geplant wird, dass sie dazu deutlich beitragen kann, werden wir sie unterstützen. **Unabhängig davon muss der Busverkehr zügig ausgebaut werden.**

Letztendlich soll nicht der Stadtrat über den Bau der StUB entscheiden, sondern unsere Bürger*innen in einem Bürgerentscheid. Dieser soll stattfinden, sobald Strecke und grobe Kosten bekannt sind, aber noch vor Baubeginn. Der Grund dafür ist, dass die StUB die vermutlich größte Investition darstellt, welche die Stadt Erlangen je getätigt hat.

Innenstadt

Die Innenstadt soll vom motorisierten Verkehr entlastet werden. Gleichzeitig lebt die Altstadt davon, dass sie gut erreichbar ist. Das muss besonders für den öffentlichen Verkehr gelten. Eine Entlastung der Goethestraße von durchfahrenden Bussen darf daher nicht zu Lasten der Erreichbarkeit der Altstadt gehen. Um beide Ziele zu erreichen, schlagen wir vor, einen neuen Tunnel unter der Eisenbahn zu bauen. Dieser verbindet die westliche Stadtmauerstraße mit der Münchener Straße. Die Westseite des Bahnhofs wird als zentraler Verkehrsknotenpunkt ausgebaut. Dazu gehört für uns auch eine Fahrradstation mit Verleih und Reparatur. Die Erschließung von Innenstadt und Kliniken erfolgt mit Kleinbussen, z.B. mit Ziel am Zollhaus.

2.3 Regionales Wirtschaften

Wir wollen städtische Aufträge möglichst an ortsansässige oder regionale Unternehmen vergeben. Die Tarifbindung ist in allen Ausschreibungen verpflichtend einzufordern.

In städtischen Kantinen und Mensen sind vorwiegend Nahrungsmittel aus regionaler Produktion bzw. fair gehandelte Bio-Erzeugnisse zu verwenden. Saisonale Produkte sind zu bevorzugen. Ebenso sind bei Bauvorhaben Baustoffe aus der Region zu verwenden.

Wohnortnahe – besonders auch kleine – Geschäfte sind zu fördern. Wir setzen uns für den Erhalt und Ausbau der Nahversorgungsstruktur ein. Die ÖDP lehnt weitere verkaufsoffene Sonntage ab. Wir setzen uns für den Erhalt einer vielfältigen Einzelhandelsstruktur, besonders in der Altstadt / Innenstadt, ein.

2.4 Stadtfinanzen und Steuern

Die ÖDP wird im Stadtrat auf die sparsame Verwendung öffentlicher Gelder achten und vor allem bei allen Neuanschaffungen die Notwendigkeit sowie ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit kontrollieren.

Grundsätzlich ist die weitere Entschuldung sinnvoll, wobei für große, langfristige (Infrastruktur-) Projekte und für Klima- und Umweltschutzmaßnahmen auch aufgrund des aktuell sehr niedrigen bzw. negativen Zinsniveaus Schulden aufgenommen werden können. Die Zeiten langfristig niedriger Zinsen werden aufgrund der hohen Staatsverschuldung in Europa noch lange anhalten und die negativen Realzinsen werden die Schuldenberge schrittweise abbauen. Aufgrund dieser Tatsache kann es gerechtfertigt sein, dass langfristige und große Investitionsmaßnahmen auch durch eine Kreditaufnahme refinanziert werden. Hier ist eine Einzelfallbetrachtung notwendig und die Kreditmittel müssen bis zum Ende der Nutzungszeit zurückgezahlt sein. Hier denken wir zum Beispiel an die großen Investitionen für das neue Schulzentrum beruflicher Schulen in der Drausnickstraße.

Wir stehen dafür ein, dass grundsätzlich keine städtischen Vermögenswerte verkauft werden und keine ÖPP-Projekte (Öffentlich-Private-Partnerschaft) getätigt werden, da sie meist intransparent (komplizierte Vertragsgestaltung) sind und andere Kommunen wohl schlechte Erfahrungen damit gemacht haben.

Aufgrund der Tatsache, dass Banken Verwahrtgelt für die Verwahrung von Liquidität auf städtischen Giro- und Tagesgeldkonten berechnen (aktueller Zinssatz -0,50 % p.a.) fordern wir, dass die Stadt Erlangen sich eine Anlagerichtlinie gibt. Dies ist schon in vielen Kommunen gängige Praxis. Somit können die Vorgaben des Art. 74 Abs 2 Satz 2 der Gemeindeordnung sowie § 22 Abs. 2 KommHV-Doppik eingehalten werden, die besagen, dass liquide Mittel, die für Auszahlungen im Finanzhaushalt nicht benötigt werden, sicher und ertragsbringend anzulegen sind. Diese Anlagen sollen sozialen und ökologischen Grundsätzen entsprechen (ESG). Dadurch kann das zu bezahlende Verwahrtgelt deutlich reduziert und diese Mittel für andere Projekt eingesetzt werden.

Kommunale Steuern

Aufgrund der hohen Steuereinnahmen sprechen wir uns aktuell gegen Steuererhöhungen aus! Bei Steuersenkungen wollen wir je nach Steuerart differenzieren.

Wir setzen uns für die Abschaffung der Hundesteuer ein, da das Steueraufkommen aus unserer Sicht in keinem Verhältnis zum Aufwand steht. Wir möchten Verwaltungsaufwand reduzieren.

Zweitwohnungssteuer:

In Erlangen wohnen ca. 115.000 Einwohner mit Erstwohnsitz und ca. 20.000 Menschen mit Zweitwohnsitz. Die Dunkelziffer der nicht amtlich Gemeldeten ist in diesen Zahlen noch gar nicht berücksichtigt. Somit bekommt die Stadt Erlangen für knapp 20 % der Stadtbewohner weder eine Schlüsselzuweisung vom Freistaat Bayern, noch wird für diesen Personenkreis der kommunale Anteil aus der Einkommenssteuer an die Stadt Erlangen gezahlt. Diese Personen nutzen jedoch genauso wie hier mit Erstwohnsitz gemeldete die Infrastruktur. Aus diesen Gründen erachten wir es als sinnvoll, eine Zweitwohnungssteuer in Erwägung zu ziehen. Eine Einführung sollte jedoch auf einem breiten politischen Konsens beruhen.

Gewerbesteuer:

Die aktuelle Gewerbesteuer mit einem Hebesatz von 440% war bis dato kein Grund für Firmen, sich nicht in Erlangen anzusiedeln oder für Erlanger Firmen, die Stadt zu verlassen. Und dies trotz der hohen Immobilien-, Miet- und Grundstückspreise in der Stadt. Aus diesen Gründen und wegen der geringen Verfügbarkeit an Gewerbeflächen sollte der Gewerbesteuerhebesatz keinesfalls weiter reduziert werden. Wir sind der Meinung, dass ein Anteil der Gewerbesteuer bzw. zukünftige Mehreinnahmen aus der Gewerbesteuer in den Klima- und Umweltschutz direkt vor Ort investiert werden muss. Somit beteiligen sich die Gewerbetreibenden „finanziell“ an lokalen Maßnahmen zum Wohle aller.

Grundsteuer:

In Erlangen haben wir in der Metropolregion Nürnberg das höchste Mietniveau. Die Mieten steigen seit Jahren an und werden tendenziell aufgrund der fehlenden Neubauf Flächen und nur geringfügig möglichen Nachverdichtung weiter ansteigen. Wir möchten die Eigentümer, aber vor allem die Mieter dahingehend entlasten, dass die „2. Miete“ (die Nebenkosten) nicht weiter ansteigt. Da die Grundsteuer auf die Mieter umgelegt werden kann, sprechen wir uns strikt gegen eine Erhöhung der Grundsteuer aus. Wir haben die Grundsteuersenkung mittels Hebesatzes von 500% auf 425% Anfang 2020 mitgetragen und wir können uns vorstellen, die Grundsteuer zukünftig weiter abzusenken, soweit finanzielle Spielräume dies zulassen, um insbesondere die Mieter weiter zu entlasten.

2.5 Energie

Die Stadt Erlangen hat zu Recht den Klimanotstand ausgerufen. Soll die Energiewende gelingen, so muss das Potential der regenerativen Energieerzeugung im Stadtgebiet schnellstmöglich und vollständig ausgeschöpft werden. Als wichtigsten Bestandteil sehen wir den massiven Ausbau von Photovoltaik und Solarthermie. Auf allen städtischen Gebäuden sind Photovoltaikanlagen zu installieren. Ein aufgestocktes kommunales Förderprogramm soll Bürgern und privaten Investoren (vorzugsweise Bürgerenergiegenossenschaften und -vereine) Anreize zum Ausbau ökologischer Energieerzeugung geben.

Unser Ziel ist es, zeitnah (bis 2026) das Stadtgebiet klimaneutral mit Energie/Strom zu versorgen. Energieeinsparung und regionale Partnerschaften in der Energieerzeugung (z.B. durch Windkraft) sind zur Erreichung dieses Ziels unerlässlich. Über baurechtliche Vorgaben sind alle Gebäude (öffentlich und privat) mit Photovoltaik auszustatten, soweit es technisch sinnvoll ist. Bei Neubauten ist eine solare Energiegewinnung baurechtlich vorzuschreiben. Die Nutzung von Wasserkraft ist im Stadtgebiet nahezu ausgeschöpft.

Folgende weitere Maßnahmen halten wir für sinnvoll:

- Dimmung der Straßenbeleuchtung bzw. Abschaltung in Bereichen, wo dies möglich ist
- Städtische Neubauten sind in einem „Energie-Plus“-Standard zu errichten
- Errichtung mindestens einer Wasserstoff-Tankstelle in Erlangen
- Umstellung der Stadtbusflotte bei Neuanschaffung auf Wasserstoff-Fahrzeuge oder Elektro-Busse (mit Stromspeichertechnik oder Oberleitung). Der notwendige Strom/Wasserstoff sollte möglichst im Stadtgebiet nachhaltig erzeugt werden.
- Abschaltung der Kaminbeleuchtung der Erlanger Stadtwerke AG
- Die Stadt entwickelt zusammen mit der FAU und weiteren Forschungseinrichtungen Energiespeichersysteme (z.B. Nutzung und Speicherung von Abwärme, Wärmenetze als Energiespeicher, „Power-to-Gas“ und Wasserstoff) für ein energieautarkes Erlangen.
- Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung

2.6 Ökologische Abfallwirtschaft

Die ÖDP will Müll lieber vermeiden als verwerten oder gar verbrennen. Leider sind Bund und Land bisher nicht bereit, Wegwerfprodukte und Einwegverpackungen durch entsprechende Besteuerung spürbar zu verteuern. Stattdessen wurde das Duale System Deutschland (DSD) mit dem „Grünen Punkt“ eingeführt. Das DSD ist nach unserer Meinung eine Organisation zur Rettung der Wegwerfgesellschaft. Wertvolle Rohstoffe werden verbrannt oder zu minderwertigen Produkten verarbeitet. So wandern riesige Mengen dieser Wertstoffe zur „thermischen Verwertung“ in Müllverbrennungsanlagen.

Für eine ökologische Abfallwirtschaft fordert die ÖDP folgende Schritte:

- Deutliche Verminderung des Verpackungsmülls
- Mehr Unterstützung für die Erlanger Tauschbörse und Gemeinschaften zur Wiederverwertung (z.B. Repair-Cafe, Second-Hand-Läden und Flohmärkte)

- Die Stadt unterstützt aktiv müllarmen Konsum wie z.B. Direktvermarkter, Sozialkaufhaus der GGFA, Unverpackt-Läden, Marktschwärmer oder Regional-Läden
- Die Stadt und ihre Tochterunternehmen achten bei ihren Einkäufen auf Müllvermeidung
- Reduzierung des Mülls in der Umwelt durch mehr Mülltonnen an Wegen und Bänken, welche mit Pfandflaschenringen und „Kippensammlern“ ausgestattet werden
- Die Stadt fördert stärker Aktionen zur Müllvermeidung in Schulen, Kindergärten und weiteren Jugendeinrichtungen (z.B. „Saubere Stadt – Sauberer Wald - Saubere Gewässer“, an der sich die ÖDP seit Jahren als einzige Partei im Stadtgebiet beteiligt)
- Ziel ist, dass vor Ort mit regionalen Produkten gekocht wird. Damit vermeiden wir Einwegverpackungen und unnötige Transportwege.

2.7 Gesundheit

Die Gesundheit ist ein elementarer Baustein eines erfüllten Lebens und trägt daher im großen Maße zu einer intakten Gesellschaft bei. Unabhängig von Alter und Geschlecht sollte bei allen sozialen Schichten das Bewusstsein für eine gesunde Lebensweise geweckt und gefördert werden. Entsprechende Informationsquellen und Maßnahmen sollen für alle zugänglich gemacht werden. Wir fordern:

- Konsequente Förderung des Gesundheitsbewusstseins und damit des Wohlbefindens der Bevölkerung, Aufklärung mit Flyern und Anlaufstellen zur Bürgerberatung
- Zusammenarbeit mit der FAU bei medizinischen und sportlichen Aktionstagen und Projekten
- Ausbau der Krankheits-Prävention durch öffentliche Gesundheitsprogramme
- Unterstützung von Projekten zur Hinführung „Gesunde Lebensweise und Ernährung“ in Kindergärten und Schulen.

2.8 Verbraucherschutz

Der Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher gewinnt immer mehr an Bedeutung. Deshalb begrüßen wir die Arbeit der vielfach ehrenamtlich arbeitenden Organisationen und Verbände, die sich um eine kritische Verbraucheraufklärung bemühen.

Mobilfunk

Die Stadt hat für eine gute Netz-Versorgung mit geringstmöglicher, gesundheitlicher Belastung der Bevölkerung zu sorgen. Wir kritisieren beim Ausbau auf den 5G-Standard den deutlich erhöhten Energiebedarf, sowie die Steigerung der Strahlenbelastung durch die Sendemasten, deren Standorte beim 5G-Ausbau um ein Vielfaches erhöht werden müssten. Die ÖDP steht dem Ausbau von 5G sehr kritisch gegenüber. Wir setzen uns auch auf Bundesebene dafür ein, dass erst nach abschließender Klärung aller gesundheitlichen Bedenken bei Menschen und Tieren dieser neuen Technik der Ausbau erfolgt.

Freilandleitungen erzeugen erhebliche elektromagnetische Felder. Wohnhäuser dürfen nicht zu nahe an Hochspannungsleitungen gebaut werden (z.B. Büchenbach).

Feuerwerk

Böller und Feuerwerk verursachen Lärm, Feinstaub und Müll. Zum Schutz von Mensch, Tier und Umwelt setzen wir uns für eine deutliche Reduzierung ein. Die Stadt erlaubt das Abbrennen von privaten Feuerwerken an Sylvester nur noch an wenigen Plätzen.

Fleischkonsum

Ein zu hoher Fleischverzehr führt zu den uns bekannten klimaschädlichen Folgen. Ohne eine Reduzierung des Konsums von Fleisch und anderen tierischen Produkten können wir den Klimawandel nicht aufhalten. Wir fordern daher, dass wenigstens ein Gericht in den Einrichtungen der Stadt vegan oder vegetarisch angeboten wird. Die Zutaten aller Gerichte sollen möglichst aus der Region kommen.

2.9 Tierschutz

Tiere sind Mitgeschöpfe. Ihre Achtung und ihr Schutz muss auch in der Kommunalpolitik gewährleistet sein. Zirkussen und Tierschauen soll in Erlangen nur dann das Gastrecht gewährt werden, wenn sie keine Wildtiere halten.

Die Stadt als Betreiber des Erlanger Schlachthofes soll auf kurze Transportwege des Schlachtviehs achten. Die Schlachtverfahren müssen sicherstellen, dass die Tiere einen schnellen und stressarmen Tod finden. Der Tierschutz muss Vorrang vor wirtschaftlichen und betrieblichen Interessen haben. Die ÖDP lehnt den Verkauf des städtischen Schlachthofs an einen privaten Investor entschieden ab. Unser Ziel ist es, nur noch für den regionalen Bedarf zu schlachten und nicht für den Export. Darüber hinaus sollten nur noch Tiere aus einem Umkreis von ca. 50 km angenommen werden.

Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiete sowie Bannwaldbereiche unterstehen einem besonderen Schutz. Hier leben oftmals seltene Tier- und Pflanzenarten. Diese Gebiete geraten in Erlangen stetig unter Druck durch Bebauung und Freizeitnutzung. Wir sehen uns als Anwalt von „Mensch, Flora und Fauna“ im Stadtrat und wollen die ökologischen Flächen schützen und bewahren.

Viele Umwelt- und Naturschutzverbände sind in unterschiedlicher Weise im Stadtgebiet aktiv. Ihnen gebühren unser Dank und unsere Unterstützung. Als Beispiel erwähnen möchten wir hier die Betreuer*innen der Erlanger Taubenstationen. Sie sorgen ehrenamtlich für eine Begrenzung der Taubenpopulation durch den Austausch der Eier, eine tierfreundliche und erfolgreiche Maßnahme. Wir wollen uns auch beim Erlanger Tierheim für seine wichtige Arbeit bedanken und sagen unsere Unterstützung zu, um zukünftig eine artgerechtere Unterbringung zu ermöglichen. Wir wollen das Tierheim bei der räumlichen und baulichen Weiterentwicklung fördern.

3 Eine Stadt für Jung und Alt

3.1 Generationensolidarität und Leben im Alter

Das grundlegende Ziel städtischer Schul-, Sozial- und Kulturpolitik muss es sein, Bürgerinnen und Bürger aus allen Generationen nicht nur zu integrieren, sondern ihnen auch den Zugang zu gesellschaftlichem Engagement zu erleichtern. Hierbei möchten wir bestehende Jugendprojekte, aber auch vorbildliche Einrichtungen wie das „SeniorenNetz“ Erlangen unterstützen und gegebenenfalls ergänzen.

Wir wollen ein solidarisches Miteinander in der gesamten Stadtkultur. Dazu gehören generationenübergreifendes Wohnen und Arbeiten ebenso wie Konzepte, um ältere Menschen in ehrenamtliche Tätigkeiten einzubinden. Daher setzt sich die ÖDP für diese Punkte ein:

- Langfristige Förderung übergreifender Angebote, die ein Miteinander der Generationen und Kulturen für eine funktionierende Stadtgesellschaft ermöglichen, z.B. durch Nachbarschaftshilfevereine
- Altersgerechte Arbeitsbedingungen in der Stadtverwaltung und städtischen Eigenbetrieben. Dazu gehören u.a. Altersteilzeitmodelle und eine altersgerechte Arbeitsgestaltung.
- Ausbau alternativer Wohnformen und ambulanter Pflegedienste
- Entwicklung von Qualitätsstandards für alternative Wohnprojekte und Anschubfinanzierung für solche
- Ältere Bürgerinnen und Bürger haben oft Hemmungen im Umgang mit den städtischen Behörden. Die Mitarbeiter im Seniorenamt sollen bei der Kommunikation mit den städtischen Einrichtungen beraten und unterstützend tätig werden.
- Ausbau der öffentlichen Toiletten mit barrierefreiem Zugang und Wickelmöglichkeiten
- Alle Haltestellen im Stadtgebiet barrierefrei umbauen

3.2 Kinderbetreuung

Die für viele Familien nötige Erwerbstätigkeit beider Elternteile erfordert zunehmend eine ganztägige Betreuung von Kindern. Verantwortbar ist dies nur, wenn die familienergänzende Betreuung von qualifiziertem Personal in kindgerechter Umgebung geleistet wird. Wir fordern deshalb:

- In den städtischen Einrichtungen wird besonders auf gute Bedingungen für Kinder und Mitarbeiter geachtet. Dazu gehören z.B. Räume mit schalldämmenden Decken, geeignetes Mobiliar, Fortbildung und Gesundheitsförderung für das Personal. Dies gilt für alle Krippen, Kindergärten, Horte, Spiel- und Lernstuben.
- Förderung und Optimierung der städtischen Tagespflegestrukturen
- Die Zahl der Krippen-/Kindergarten-/Hortplätze muss bedarfsgerecht und stadtteilbezogen weiter ausgebaut werden. Zudem sollte die Betreuung zu Randzeiten verbessert werden.
- Naturnahe Kinderspielplätze in allen Stadtteilen erhalten und ausbauen (besonders in verdichteten Gebieten mit hohen sozialen Belastungen)

- Erweiterung der Ferienbetreuungen mit neuen Ideen, z.B. durch ein Zusatzangebot wie „Summer School“ (Freizeit und Lernen)
- Aufbau eines Ausfallmanagements bei der Stadt Erlangen für alle Jugendhilfeeinrichtungen sowie Bereitstellung von Springererziehern.
- Koordinierung der Vergabe von Betreuungsplätzen mithilfe einer zentralen Einrichtung

3.3 Jugendliche

Jugendliche aus allen Schichten brauchen Lebensbereiche, in denen sie begleitet Erfahrungen machen, Grenzen austesten und Verantwortung übernehmen und sich entfalten können. Dazu brauchen sie verlässliche und feste Bezugspersonen, was sich bei der Sucht- und Kriminalitätsprävention positiv auswirkt. Wir fordern deshalb:

- Eine dem tatsächlichen Bedarf entsprechende Förderung der Institutionen für Kinder/Jugendarbeit, die ehrenamtlich Kinder/Jugendgruppen begleiten und fördern
- Busticket für alle Kinder/Jugendliche, damit diese an Ferienprogrammen sowie dem gesellschaftlichen Stadtleben teilnehmen können (kostenloser ÖPNV für Minderjährige)

3.4 Bildung

Schulen

Schulen sollen Orte des geistigen, körperlichen und seelischen Wachsens und individuellen Entwickelns sein. Dass Verantwortung auch Spaß machen und persönlich erfüllen kann, sollen besonders Kinder und Jugendliche möglichst frühzeitig erfahren. Die Stadt Erlangen ist als Sachaufwandsträger dafür zuständig, dass die Rahmenbedingungen vor Ort in den Schulen hierfür passen. Dies ist uns als ÖDP auch ein sehr wichtiges Anliegen und darum fordern wir:

- Das begonnene Sanierungsprogramm ist konsequent und ohne Abstriche weiter zu führen und bauökologischen Maßnahmen ist besondere Aufmerksamkeit zu widmen (Energieeinsparung, Raumklima, Akustik in den Unterrichtsräumen, lernunterstützende architektonische Faktoren, Untersuchungen auf mögliche Belastung durch Schadstoffe/Raumgifte)
- Neue ausreichend große Schulmöbel, dem Größenwachstum der Kinder angemessen
- Eine angenehme Lernatmosphäre in den Klassenzimmern schaffen (durch regelmäßiges Streichen der Wände, regelmäßige Renovierungsarbeiten, ...)
- Wiedereingliederung der Putzdienste für die Schulen zur Stadt Erlangen. Die gegenwärtige Situation ist oftmals nicht zufriedenstellend.
- Naturnahe Pausenhöfe, die Kinder mitgestalten und im Klassenverband pflegen
- Förderung von Schulgärten, fachkundige Unterstützung durch das Amt Stadtgrün
- Einbeziehen der Schüler in Integrationsmaßnahmen für Migrationskinder mit wenig Deutschkenntnissen (z.B. Bildungspatenschaften zwischen Kindern und Jugendlichen)
- Die Jugendsozialarbeit an Schulen soll weiter ausgebaut werden.
- Die Einführung von WLAN an Grundschulen ist aus gesundheitlichen und pädagogischen Gründen abzulehnen

Universität

Die Friedrich-Alexander-Universität (FAU) ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Metropolregion und ganz speziell in Erlangen. Nicht nur gesellschaftlich, sondern auch wirtschaftlich profitiert Erlangen von der FAU. Deshalb sollte das Universitätsangebot für Studierende attraktiver sein. Hierfür fordert die ÖDP:

- Ausweitung der Zusammenarbeit von Stadt und FAU
- Eine Vernetzung von Schulen, der VHS, der Vereine und der FAU
- Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in der Tagespolitik und Stadtgestaltung
- Gesellschaftspolitische wie technisch-naturwissenschaftliche Fragen mit Experten der FAU erörtern und lösen
- Wissenschaftsskeptizismus in der Bevölkerung durch fundierte Forschung reduzieren
- ein sinnvolles Semesterticket, dass auch im Alltag der Studierenden optimal genutzt werden kann
- die Schaffung eines Lehrstuhls für tierversuchsfreie Forschung

3.5 Sport

Die Erlanger Sportvereine sind auf eine gute Zusammenarbeit und zuverlässige Unterstützung durch die Stadt Erlangen angewiesen, auch in finanzieller Hinsicht. Viele Vereine bringen ein hohes Maß an ehrenamtlicher Arbeit ein, für die wir uns bedanken. Wir wünschen uns:

- Städtische Sportflächen (Plätze, Hallen und Bäder) für den Schul- und Breitensport erhalten und den Vereinen weiterhin günstig zur Verfügung stellen
- Vereine und Projekte fördern, die Sport für alle zugänglich machen und günstig anbieten, wie z.B. „BIG-Bewegung als Investition in Gesundheit“
- finanzielle Unterstützung der Sportvereine bei Baumaßnahmen verbessern sowie höhere Zuschüsse bei energetischen Maßnahmen gewähren
- Erhöhung der Fördermittel für ehrenamtliche Übungsleiter sowie im Rahmen der Zuwendungen für minderjährige Vereinsmitglieder
- Aktiv-Card-Angebot deutlich ausbauen, damit die vielen Ehrenamtlichen die Vorteile besser nutzen können. An dieser Stelle plädieren wir für die Weiterentwicklung der Aktiv-Card zu einer persönlichen Ehrenamtskarte.
- Die schnelle Realisierung des Bürgerbegegnungs- und Gesundheitszentrums (BBGZ)

3.6 Kunst und Kultur

Wir wollen das reiche kulturelle Erbe unserer Region bewahren. Wir bekennen uns zur Freiheit der Kunst und zur Förderung von Kultur als wichtige Investition in unsere Gesellschaft. Wir schätzen das ehrenamtliche Engagement der Menschen. Gesellschaft ist Meinungsvielfalt. Und Kultur ist ein wesentliches Instrument, diese Meinungsvielfalt zu fördern und transparent für alle Bürger zugänglich zu machen. Wir wollen deshalb:

- Moderate Preise für kulturelle Veranstaltungen
- Kostenfreie VGN-Nutzung für Theaterbesucher mit Ticket (im Verbund mit Nürnberg & Fürth). Unser Vorbild ist hier die Stadt Nürnberg
- Erhalt der bestehenden, in Erlangen gut verankerten Festivals (Poetenfest, Comic-Salon, Figurentheaterfestival)
- Neueinführung eines Festivals zu bildender Kunst
- Förderung der Erlanger Künstler durch Vermittlung von günstigen Flächen oder Leerständen. Dadurch wird auch das Stadtbild positiv beeinflusst.
- Das kulturelle Erbe der Stadt Erlangen als Brauerei-Stadt wiederbeleben und die Vielfalt fördern

4 Lust auf mehr Miteinander

4.1 Willkommenskultur in der Stadt Erlangen

Die Würde eines jeden Menschen ist unantastbar.

Die gelebte bzw. praktizierte Willkommenskultur in Erlangen soll beibehalten werden. Wir unterstützen den eingeschlagenen Weg der Stadtverwaltung. Wir fordern den Ausbau von Veranstaltungen, bei denen sich Erlanger Bürger*innen und Migrant*innen kennen lernen können. Sollte die Anzahl der Geflüchteten in den nächsten Jahren wieder zunehmen und die Stadt neue Quartiere anmieten, dann soll im Vorfeld eine aktive Bürgerbeteiligung und -mitnahme stattfinden.

Wir stehen für einen offenen, interreligiösen und interkulturellen Dialog und wünschen uns für unsere Stadtgesellschaft, dass bei Herausforderungen oder Problemen diese offen angesprochen und angegangen werden, damit sie gemeinschaftlich gelöst werden können.

Wir sehen ausländische Mitbürger*innen als Bereicherung unserer städtischen Gesellschaft und stellen uns aktiv jeder Tendenz von Ausländerfeindlichkeit und Rassismus entgegen. Die Arbeit des Ausländerbeirates sowie der Kultur- und Sportvereine zur Integration ausländischer Familien soll von Seiten der Stadt volle Unterstützung erfahren und bei Bedarf durch städtische Angestellte professionell betreut werden.

4.2 Bürger – Politik – Verwaltung

Im Parteiengesetz ist vermerkt, dass Parteien „an der politischen Willensbildung des Volkes“ mitwirken. Doch durch Vorabentscheidungen der Parteien wird die Meinung der Bürger*innen oftmals übersehen oder missachtet. Eine zunehmende Politikverdrossenheit mit sinkender Wahlbeteiligung ist die Folge.

Die ÖDP fordert auf allen Ebenen der Politik eine Rückbesinnung auf moralische und ethische Grundwerte, eine strikte Trennung von Wirtschaft bzw. Medienwirtschaft und politischem Amt, sowie das bei der ÖDP bereits in der Satzung festgelegte Verbot zur Annahme von Firmen- und Verbandsspenden. Die vom Staat übernommene Parteienfinanzierung und Zuwendungen von Mandatsträgern und Privatpersonen ist ausreichend. Wir versprechen Ihnen einen ehrlichen, gewissenhaften und von Firmenspenden unbeeinflussten Einsatz im Kommunalparlament.

Durch intransparente Prozesse, lange Verfahrensdauer sowie aufgrund des grundsätzlichen Unmuts über Verwaltung und Politik schimpfen viele Bürger*innen über die Stadtverwaltung. Wir setzen uns daher für eine schlanke Verwaltung und eine Vereinfachung von Prozessen und Vorschriften ein. Jedoch möchten wir auch bei allen Beteiligten um Verständnis werben für die nicht immer einfache Verwaltungstätigkeit, die oft in eine hohe Arbeitsbelastung des Einzelnen mündet. Erschwerend kommt hinzu, dass aufgrund des demographischen Wandels und des Fachkräftemangels immer öfter nicht alle Stellen zeitnah besetzt werden können bzw. über einen längeren Zeitraum unbesetzt bleiben.

Deshalb fordern wir, dass die Stadt mehr Menschen für die Verwaltungstätigkeiten ausbildet und auch die vorhandenen Mitarbeiter*innen regelmäßig weiterqualifiziert, vor allem in neuen Medien und vor dem Hintergrund der fortschreitenden Digitalisierung. Die Digitalisierung soll es Bürger*innen und der Verwaltung einfacher machen, miteinander zu kommunizieren und sich um Bürgeranliegen zu kümmern. Andererseits ist auch verwaltungsseitig auf Bürger*innen Rücksicht zu nehmen, die diese Medien nicht nutzen.

Die Stadtverwaltung muss weitere Anreize schaffen, damit sie auch zukünftig neue Mitarbeiter gewinnen kann.

4.3 Betroffene zu Beteiligten machen (Bürgerbeteiligung)

Die ÖDP ist die Partei der direkten Demokratie! Seit Jahrzehnten fordern wir die Einführung von Bürgerentscheiden auf deutscher bzw. europäischer Ebene. In Bayern haben wir durch unser Volksbegehren „Schlanker Staat ohne Senat“ die Abschaffung der undemokratischen Ständekammer Senat erwirkt und durch die Ankündigung eines weiteren Volksbegehrens die Streichung sämtlicher Standorte neuer AKWs herbeigeführt. Bestimmt ist Ihnen auch das Volksbegehren zum konsequenten Nichtraucherschutz im Gedächtnis. Und abschließend sei das Volksbegehren „Artenvielfalt erhalten - Rettet die Bienen!“ genannt, welches mit einer Zustimmungsquote von 18,4 % das erfolgreichste Bürgerbegehren aller Zeiten in Bayern wurde. Daraufhin sah sich die Staatsregierung genötigt, diesen Gesetzesvorschlag zügig als Gesetz zu verabschieden. Alle diese Volksbegehren wurden von der ÖDP initiiert.

Auf kommunaler Ebene haben wir das Bürgerbegehren „Bürgerentscheid gegen die Landesgartenschau 2024“ und den Ratsentscheid zum Baugebiet Erlangen West-III initiiert und erfolgreich abgeschlossen. So haben sich 69 % der Bürger*innen gegen die Umsetzung der Landesgartenschau ausgesprochen und 54 % gegen die Beplanung des 200 ha großen Areals im Erlanger Westen.

Die ÖDP steht wie keine andere Partei für eine direkte Demokratie und damit für eine große Beteiligung der Bürger*innen. In Bezug auf die Erlanger Kommunalpolitik plädieren wir dafür, in grundsätzlichen Fragen der Stadtentwicklung (z.B. Naherholung, Verkehrsplanung, Kultur- und Freizeit, u.a.) ein Leitbild unter Mitwirkung der Bürger zu erstellen. Beteiligt werden sollen hierbei neben den Bürger*innen alle gesellschaftlich relevanten Verbände und Gruppierungen. Dadurch werden lebhaftere und gewinnbringende Diskussionen über die Entwicklung der Stadt gefördert. Beteiligte Bürger*innen fühlen sich mitverantwortlich, auch wenn letztendlich der Stadtrat die Entscheidung trifft. Als gutes Beispiel darf die Bürgerinitiative Altstadtforum genannt werden.

Somit fordern und fördern wir eine frühzeitigere und umfassendere Bürgerbeteiligung, damit sich die Bürger*innen nicht vor vollendete Tatsachen gestellt fühlen. Informationen von der Verwaltung sollen den Bürger*innen mit größerem zeitlichem Vorlauf gegeben werden, damit diese sich frühzeitig mit der Thematik auseinandersetzen können.

Unsere Intention ist es, in Erlangen zu wichtigen Themen (z.B. bei höheren Investitionsvolumen oder bei Projekten von grundsätzlicher Bedeutung) ein Bürgerbegehren mittels Ratsbegehren -also ohne das langwierige Sammeln von Unterstützerunterschriften - zu initiieren. Das wäre gelebte direkte Demokratie!

Orts- und Stadtteilbeiräte sind ein wichtiger Bestandteil einer bürgernahen Kommunalpolitik. Diese wichtigen Gremien vor Ort sind im Vorfeld intensiver einzubinden. Dieses Engagement sollte durch eine Anhebung der ehrenamtlichen Aufwandsentschädigung honoriert werden. Darüber hinaus soll die Verwaltung die Orts- und Stadtteilbeiräte unterstützen, die Termine besser publik zu machen.

Für die bessere direkte Einbeziehung des Bürgerwillens schlagen wir folgende weitere Instrumente vor:

- Bürgerfragestunden sollen so durchgeführt werden, dass ein besserer Dialog zwischen Verwaltung, Stadtrat und den Anfragenden möglich ist
- Über die gesetzlich vorgeschriebene Mindestzahl hinaus sollen vor wichtigen Fragen von allgemeinem Interesse themenbezogene Bürgerversammlungen einberufen werden
- Stadtteilbezogene Bürgerversammlungen sollen einmal im Jahr stattfinden
- An Planungen neuer Bauvorhaben sollen betroffene Anwohner stärker beteiligt werden

5 Unsere Kandidat*innen für die Erlanger Stadtratswahl 2020

Platz	Name	Alter	Stadtteil	Beruf
1	Joachim Jarosch	39	Tennenlohe	Sparkassenbetriebswirt, Stadtrat
2	Frank Höppel	48	Alterlangen	Physiotherapeut, Personal-/Stadtrat
3	Gerda-Marie Reitzenstein	69	Alterlangen	Richterin a.D.
4	Barbara Grille	47	Tennenlohe	Gymnasiallehrerin, ehem. Stadträtin
5	Florian Reinhart	28	Innenstadt	Elektroingenieur
6	Petra „Willi“ Paulsen	51	Rathenau	Industrietechnologin
7	Christian Stadelmann	28	Innenstadt	Elektroingenieur
8	Dorothee Friedrich	19	Anger	Freiwilliges Ökologisches Jahr
9	Konstantin Walter	22	Sebaldussiedlung	Student, Fitnesstrainer
10	Margot Ullmann	66	Büchenbach	Gymnasiallehrerin i.R.
11	Stefan Rieger	50	Sebaldussiedlung	Universitätsdozent
12	Tim Wening	27	Röthelheim	Arbeitsassistent, Stadtrat
13	Hülya Ersoy	53	Bruck	Flüchtlings- und Integrationsberaterin
14	Dr. Mathilde Vitzthum	70	Alterlangen	Ärztin (Internistin) i.R.
15	Andreas Brock	57	Röthelheimpark	Dipl.-Ingenieur
16	Herbert Sauer	69	Alterlangen	Dipl. Sozialpädagoge
17	Martin Joerchel	52	Frauenaarach	Gymnasiallehrer, Ortsbeirat
18	Margrit Vollertsen-Diewerge	85	Bruck	Journalistin, Tierschutzpartei
19	Judith Weiß	57	Frauenaarach	Dekorateurin, Betriebsrätin
20	Katja Otto	46	Büchenbach	Betreuungsfachkraft für Demenz
21	Wolfgang Kneidl	72	Alterlangen	Hauptschulrektor i.R.
22	Dr. Christine Kaiser	56	Berufsschulzentrum	Tierärztin, Krankenpflegerin
23	Horst Gwinner	50	Tennenlohe	Softwareingenieur
24	Ruth-Richarda Dorschky	68	Rathenau	Krankenschwester i.R.
25	Jan Safr	62	Tennenlohe	Heilpraktiker
26	Beate Reichenauer	56	Röthelheim	Chem.-tech. Assistentin
27	Klaus Tuffner	68	Alterlangen	Zahnarzt i.R.
28	Jutta Spitz	60	Rathenau	Hausfrau
29	Manfred Bruchner	72	Tennenlohe	Kriminalpolizist i.R.
30	Ulrike Grünke	74	Forschungszentrum	Angestellte i.R., Tagesmutter
31	Harald Walter	58	Sebaldussiedlung	Geschäftsführer
32	Artemis Rödel	55	Alterlangen	Erzieherin
33	Robert Schwandner	55	Büchenbach	Angestellter (AWO)
34	Claudia Höppel	43	Alterlangen	Krankenpflegerin
35	Robert Risack	49	Bruck	Informatiker
36	Brigitte Forke	73	Innenstadt	Rentnerin
37	Walter Grosch	65	Kriegenbrunn	Dipl.-Ing. (FH), StD a.D.
38	Isabella Fink	28	Büchenbach	Pädagogin in der Ganztagesbetreuung
39	Renate Lohmann	52	Alterlangen	Angestellte
40	Carina Hummel	47	Büchenbach	Erzieherin
41	Heinrich Vitzthum	70	Alterlangen	Betriebswirt EDV i.R.
42	Natascha Otto	22	Büchenbach	Studentin
43	Sigrid Walter	56	Sebaldussiedlung	Erzieherin
44	Roman Gnoth	45	Sieglitzhof	IT Consultant
45	Ursula Kneidl	70	Alterlangen	Sozialpädagogin
46	Dr. Michael Reitzenstein	69	Alterlangen	Frauenarzt
47	Pamela Gwinner	46	Tennenlohe	Gymnasiallehrerin
48	Martin Kittler	50	Alterlangen	kaufm. Angestellter
49	Sarah Lüdtke	41	Büchenbach	Verwaltungsfachangestellte
50	Werner Mayer	55	Büchenbach	Rentner

© ödp Erlangen / Höchststadt
Joachim Jarosch
Vogelherd 2
91058 Erlangen-Tennenlohe
Telefon: 09131/602426
vorstand@oedp-erlangen.de
www.oedp-erlangen.de

